

# Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: [www.die-soziale-bewegung.de](http://www.die-soziale-bewegung.de)

Email: [die-soziale-bewegung@web.de](mailto:die-soziale-bewegung@web.de)



Pressemitteilung vom 22.8.06

## Sozialproteste beginnen mit der Mobilisierung für die Demonstrationen am 21.10.06

Am Samstag, 19. August, fand das bundesweite Treffen des Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) in Braunschweig statt.

Edgar Schu von dem Vernetzungsbüro des ABSP erklärt: „Der Beschluss des DGB-Bundesvorstandes für eine Dachkampagne gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung beendet endlich die Abwartehaltung der Gewerkschaften. Gesellschaftliche Alternativen zu Hartz IV und der Umverteilungspolitik zugunsten der transnationalen Unternehmen und den Einkommensmillionären gibt es. Ohne eine breite Mobilisierung der Gesellschaft werden wir die gewollte Demontage der sozialen Sicherungssysteme in dieser Bundesrepublik nicht stoppen, geschweige denn mehr gesellschaftliche Solidarität durchsetzen.“ Ohne gesetzlich fixierte Mindestlöhne und eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung stünden sie vor der Perspektive einer Altersarmut.

Diese Republik brauche den Ausbau des solidarischen Gesundheits- und Bildungswesen und nicht deren Umwandlung in neue Märkte.

Der neue „Maßnahmenstaat“ schränkt in erschreckender Weise Grundrechte von Bürgern ohne Erwerbsarbeit ein. Die Bundesagentur für Arbeit entwirft gerade eine „Erreichbarkeitsanordnung“, welche die alte rechtliche Regelung des täglichen Blicks in den Briefkasten außer Kraft setzen soll. In einem neuen Merkblatt der Bundesagentur für Arbeit wird von Erwerbslosen verlangt, dass sie an Werktagen sowohl **persönlich** als auch postalisch erreichbar sein müssen. Sollte jemand sich an einem anderen Ort aufgehalten haben, ohne dass er die Anschrift weiter gegeben hat, muss er mit bis zu 100%igen Leistungskürzungen rechnen, „unter Umständen auch für die Vergangenheit“. **Werden Erwerbslose Weiterbildungen in Wuppertal für unabhängige Alg II-Beratung von der Agentur genehmigt bekommen?**

Die Agenturen schaffen sich neue Repressionsgründe, um über Sanktionen indirekt die Kosten der sozialen Grundsicherung zu senken. Mit der „Residenzpflicht“ wurde die Bewegungsfreiheit der Asylbewerber/innen in der Bundesrepublik eingeschränkt. Das gleiche Instrumentarium der Einschränkung sozialer und freiheitlicher Rechte wird jetzt auf die Bevölkerungsgruppe der Erwerbslosen und der Menschen mit einer ergänzenden Grundsicherung übertragen.

Die Agenturen für Arbeit werden damit rechnen müssen, dass diese Einschränkung von Grundrechten durch die Menschen, welche die Wirtschaft zu „Überflüssigen“ erklärt hat, so nicht hingenommen wird. Deshalb wird es in der Woche vor den Demonstrationen am 21.10.06 eine Vielzahl von widerständigen Aktionen der Sozialproteste geben.

Am 7. September wird es ein Gespräch von verschiedenen Vertreter/innen und Gruppen aus den bundesweiten Sozialprotesten mit Vertreter/innen des DGB-Bundesvorstandes geben, bei dem die verschiedenen Kampagnen aufeinander abgestimmt werden und über die Möglichkeiten einer übergreifenden Mobilisierung bis in das nächste Frühjahr hinein diskutiert wird.

Auch zu dem „Sternmarsch“ der MLPD-nahen bundesweiten Montagsdemonstration am 16.9. in Berlin wurde bei dem bundesweiten Treffen des ABSP eine Position gefunden:

Das ABSP wird als bundesweites Netzwerk nicht dazu aufrufen.

Je nach Beschlusslage werden dennoch einzelne lokale Initiativen und regionale Zusammenschlüsse am 16.9. in Berlin präsent sein.

In den einzelnen Regionen beginnen die Aktivist/innen des bundesweiten Netzwerkes nun mit dem Erstellen von Mitfahrlisten für die Großdemonstrationen am 21. Oktober.

Pressekontakt: Rainer Wahls, Berlin, Tel: 0162 3012100, [www.die-soziale-bewegung.de](http://www.die-soziale-bewegung.de)